

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pf. für die 6 gespaltene Pettzeile. Der Beitrag ist im voraus zu entrichten.

Nr 14

Sonntag, den 6. April

1913

## Heeresvermehrung und Kostendeckung.

Blutigeren Hohn auf die „Reichsfinanzreform“ im Jahre 1909 kann es nicht geben, als den Spettakel, der gegenwärtig über die Deckung der Kosten für die neue Heeresvermehrung gemacht wird. Die Neuanschaffungen und Neueinrichtungen für die ja. 150 000 Mann, die mehr ins Heer eingestellt werden sollen, kosten ja. 1000 Millionen Mark. Diese Summe soll durch eine einmalige Vermögenssteuer aufgebracht werden. Die Regierung will die Steuer durch einen gleichen Prozentsatz für große und kleine Vermögen beschaffen, d. h. die großen Vermögen sollen wie gewöhnlich geschont werden.

Zu dem gleichen Zwecke, zur Schonung der Besitzenden, rat schlägt man, wie die fortlaufenden Ausgaben für die Heeresvermehrung, die ja. 250 Millionen Mark jährlich erheischen, aufgebracht werden können. Die Erbschaftsteuer wird vom schwarz-blauen Block bekämpft, der zwar im Reichstag in der Minderheit ist, dessen Wünsche aber dem Reichskanzler Bethmann-Hollweg Befehle sind. Darum wagt die Regierung nicht, eine Erbschaftsteuervorlage vor den Reichstag zu bringen.

Der Reichsschatzsekretär Kühn, der seinerzeit unter seinem Vorgänger so rasch mit der Ausarbeitung einer Tabaksteuervorlage fertig war, rät jetzt hin und her, welche Steuervorlage er dem Reichstag präsentieren soll. Dabei richtet er sich natürlich auch nach den Wünschen des schwarz-blauen Blockes, an den anzugliedern jetzt Versuchungsversuche bei den Nationalliberalen angestellt werden. Schwer wird den Nationalliberalen der Umfall nicht werden, die ja seit den letzten Reichstagswahlen schon mehrfach gemeinsame Sache mit den Schwarz-Blauen gemacht haben.

Welches Steuerprojekt dabei den Vorzug dieser Steuerprojekte erhalten wird, ist noch nicht abzusehen. Es wird in der reaktionären Presse allerhand Pläne auf, von denen die meisten wieder auf eine Ausplünderung der arbeitenden Klassen hinauslaufen. Wagt einige Blätter doch sogar, die 1909 schon einmal von Zentrumsgesandten vorgeschlagene Kohlensteuer wieder anzugehen.

Nicht nur das, auch Monopolpläne tauchen unter all den Projekten wieder auf. So soll man bereits erwogen haben, ob einem Monopol auf Zündhölzern oder Spiritus nicht ein Zigarettenmonopol vorzuziehen sei. Die Brandstiftung der breiten Massen wird also bereits lebhaft in Rechnung gestellt, wenn auch erklärerweise gerade diese Art der Steuerfische sehr geheim gehalten wird. Die Tabakindustrie hat alle Ursache, gegenüber den Monopolabsichten auf dem Posten zu sein.

Inzwischen möchte man zur Täuschung des Volkes das Gesicht wahren, d. h. so tun, als ob diesmal die Besitzenden zur Aufbringung der Steuer herangezogen würden. Deshalb geht das Rätselraten weiter, wie man das Volk belämmern kann — nur darum handelt es sich.

Dass die Arbeiter wieder bluten sollen, ist das heimliche oder offene Verlangen aller Kapitalistenkreise, seien es Junker oder Industrielle. Einen Beleg dafür gibt der unverfrorenste aller bisherigen Vorschläge. Er bezieht sich auf die einmalige Vermögenssteuer und geht von dem „Hamburger Nachrichten“ aus. Danach soll das Vermögen der Sozialdemokratischen Partei und das der Gewerkschaften zu dieser Steuer herangezogen werden. Andere Verbände, wie z. B. den Hanabund soll man frei lassen, weil sie „ihre Opferwilligkeit für den großen nationalen Zweck freiwillig bezeugen“ würden.

Wir würden jagen, bei dem Blatte sei eine Schraube loser, wenn es nicht in seinem Vorschlage der bisherigen Gepflogenheit sich verschloße, alles auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Dazu kommt freilich der Haß jenes scharfmacherischen Pressgelichters gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften. Auch spricht der Reiz aus dem Vorschlage darüber, daß die Opferwilligkeit der Arbeiter die sozialdemokratische Partei instand setzt, die nötigen Mittel zur Führung des Kampfes gegen die herrschenden Klassen zur Hand zu haben.

Die Gewerkschaften denkt das Blatt durch die Besteuerung ebenfalls finanziell zu schwächen und damit die Kämpfe der Arbeiter für die Besserung ihrer Lage einzugehen. Was die Arbeiter zu diesem Zwecke unter Entbehrungen ausbringen will das Blatt auch noch besteuern. Diese Kapitalistenfische von der Feder sind doch wahre Gemütsmenschen. Wie wäre, wenn sie einfach die Konfiskation solcher Arbeiterkampffonds empfehlen würden? Das entspräche doch eigentlich erst ihrer innersten Reizung. Aber gemacht! Der schwarz-blaue Block wird schon in Gemeinschaft mit den Nationalliberalen und der Regierung ein Steuerplättchen ausbeden, das in anderer Form den

freundlichen Absichten jenes Blattes der Ausbeuter und Scharfmacher entspricht.

Denn, daß man die Arbeiter bei der neuen Steuererschöpfung auslassen wolle, diesen Schwindel verkündeten wohl vor Wochen einzelne Blätter, inzwischen ist er aber völlig verstummt, und alle Genies im Reichsschatzamt quälen sich ab um die Entdeckung oder Erfindung eines überschaubaren Planes, mit dem man die Arbeiter übers Ohr hauen und dabei ausplündern kann, ohne daß sie es merken.

Ja, wenn die Arbeiter durch die ewige Schinderei nicht schon zu pfiffig geworden wären! Aber sie kommen jetzt schon zu leicht hinter alle Schliche, es braucht gar nicht so tolpatschig auf sie loszugehen zu werden, wie die „Hamburger Nachrichten“ und andere Wegelagerer es tun.

An dem bisherigen System, daß die arbeitenden Klassen die Mannschaften für das stehende Heer liefern müssen, dann aber auch zur Tragung der Kosten für dieses Heer verurteilt werden, wird solange festgehalten, als es sich eben die arbeitenden Klassen gefallen lassen. Wie lange das noch dauern wird, hängt von der Einsicht der Arbeiter selbst ab.

## Ausbeutung der Tabakarbeiterinnen durch Ueberarbeit.

Die Tabakindustrie weist die niedrigsten Löhne auf. Diese traurige Tatsache ist natürlich der in der kapitalistischen Produktionsmethode allgemein grassierenden, zunehmenden Profitgier zuzuschreiben. Die Raffinerie macht sie sich alle Eigenheiten der Tabakindustrie zunutze. Ob dabei die Arbeiter die Opfer sind, die mit der Gewinnjucht keinen Abbruch.

Kinder- und Frauenarbeit wurden in der Tabakindustrie immer stärker in Anspruch genommen, bis gesetzliche Bestimmungen der schamlosen Ausbeutung eine engere Grenze zogen. Beseitigt ist damit die Ausbeutung der weiblichen und der Kinderarbeit nicht, sonst müßte es überhaupt besser um die allgemeinen Arbeitsverhältnisse in der Tabakindustrie stehen.

Die leichte Herausziehung weiblicher Arbeitskräfte zur Tabakindustrie, resp. zur Zigarrenfabrikation, erwiderte den Unternehmern den Druck auf die Löhne. Weibliche Arbeitskraft wurde billiger bezahlt, obgleich Arbeiterinnen dieselbe Ware herstellen mußten, wie männliche Arbeiter. Dieser ganz ungerechtfertigte Lohnunterschied wurde mit der Zeit zwar mehr und mehr ausgeglichen, aber nicht zugunsten der Arbeiter, denn der niedrige weibliche Lohn wurde meist zur Grundtaxe des Lohnes für alle.

Siehe sich jedoch diese Niederhaltung, richtiger Herabdrückung, des Lohnes an einem Orte nicht durchführen, weil die Arbeiter und Arbeiterinnen geschlossen sich dagegen wehrten, dann wanderten die Unternehmer mit ihren Fabriken in ländliche, von der Industrie nicht berührte Gegenden, wo die weibliche Arbeitskraft noch billiger zu haben war, und ließen es sich nicht verdrießen, diese billigen Arbeiterinnen zur Zigarrenmacherei anlernen zu lassen. Dieser Vorgang wiederholt sich heutigen Tages noch, wenngleich das Gebiet der industriearmen Gegenden immer mehr begrenzt wird. Kurz, wie die Kinderarbeit wird auch die weibliche Arbeit zur Herabdrückung der Löhne mißbraucht.

Mein, die Ausbeutung der Arbeiter vollzieht sich in den verschiedensten Formen. Eine der rücksichtslosesten Formen der Ausbeutung ist die Ueberarbeit. Es wurmt die Ausbeuter, daß die Arbeitszeit für Arbeiterinnen gesetzlich begrenzt ist. Denn in vielen Fällen kann die männliche Arbeit über diese Grenze hinaus auch nicht beschäftigt werden, obwohl das gerade in der Zigarrenindustrie noch viel vorkommt. Gegen die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit für Erwachsene, also auch für männliche Personen, wendet sich das Unternehmertum überhaupt mit aller Schärfe. Es weiß nur zu gut, daß lange Arbeitszeit ein Mittel ist, die Löhne niedrig und den Profit hoch zu halten. Daher haben sie allen gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit der Arbeiterinnen durch ihre Sachwalter im Reichstage und in der Regierung unsnahmebestimmungen an die Seite setzen lassen, die ihnen die Möglichkeit der bisher betriebenen Ausbeutung auch weiter sichern sollen. Und sie wissen diese Ausnahmebestimmungen raffiniert wahrzunehmen.

Unverfroren verlangen die Herren Fabrikanten in jenen Bezirken, wo sehr viel weibliche Arbeitskräfte beschäftigt werden, behördliche Erlaubnis, die Tabakarbeiterinnen über die gesetzliche festgelegte Arbeitszeit hinaus beschäftigen zu dürfen. Diese Ueberarbeit ist in manchen Orten geradezu zur Gewohnheit geworden, obgleich kein Notstand vorliegt, der das rechtfertigt. Die Erlaubnis wird gegeben, denn selten verjagt sie eine Be-

hörde — herrschen doch die Kapitalisten in der Gemeinde.

Wir unterlassen es, hier Einzelsfälle anzuführen oder die Berechtigung der Gründe zu untersuchen, die für die Zulage der Erlaubnis geltend gemacht wurden. Die Ausnahmebestimmungen der Gewerbeordnung, nach denen Ueberarbeit gestattet werden kann, sind überhaupt für die Zigarrenfabrikation völlig ungerechtfertigt; sie dienen nur der Bereicherung der Unternehmer. Die schnelle Ausfüh-rung einer großen Bestellung rechtfertigt nicht die schwerete Ausbeutung der Arbeiter, denn diese haben keinen Vorteil davon. Im Gegenteil, durch die längere Arbeitszeit wird ihre Lebenskraft, ihre Gesundheit geschwächt. Höherer Lohn wird für Ueberarbeit in der Zigarrenindustrie nicht gezahlt, den Arbeiterinnen erst recht nicht. Lange Arbeitszeit lähmt auch die Intensität der Arbeit; wird aber durch längere Arbeitszeit wirklich etwas mehr als sonst verdient, dann prähen die Unternehmer mit den angeblich hohen Löhnen, und suchen mit Hinweis darauf die Löhne zu drücken.

Das ist im allgemeinen die schädliche Wirkung der Ueberarbeit: Lohndruck und Gesundheits-schädigung. Darum müssen alle Arbeiter, denen die Zumutung von Ueberarbeit gemacht wird, in der Erkenntnis des Schadens, den sie davon haben, sich verständigen, und beschließen die Zumutung abzulehnen. Zu den genannten beiden Hauptübeln der Ueberarbeit kommt noch ein weiteres hinzu. Das ist die Vermehrung der Arbeitslosigkeit.

Muß der Unternehmer größere Aufträge ausführen, dann mag er mehr Arbeitskräfte einstellen und damit die Arbeitslosigkeit verringern helfen. Freilich, müssen die Unternehmer Nachfrage nach Arbeitern anstellen, dann werden die begehrten Arbeiter auf Zahlung anständiger Löhne sehen. Nachfrage nach Arbeitern erleichtert also das Streben nach höheren Löhnen, Arbeitslosigkeit, resp. Angebot von Arbeitskräften dagegen erleichtert den Lohndruck. Ueberarbeit jedoch schwächt die Nachfrage nach Arbeitern, fördert vielmehr die Arbeitslosigkeit, ist also auch aus dem Grunde von Uebel.

Nach allem, was in jüngster Zeit bekannt geworden ist, ist das Verlangen der Unternehmer nach Ueberarbeit stärker geworden, und die Behörden haben in manchen Bezirken sich nur zu leicht bereit finden lassen, die Erlaubnis zur Ueberarbeit zu gewähren. Diesem für die Arbeiter schädlichen Mißstand zu steuern, müssen die betroffenen Arbeiter den Weg der Oeffentlichkeit betreten und die Manipulationen der in Frage kommenden Unternehmer in unserer Presse besprechen. Man mag uns nur melden, wo und aus welchen Gründen Ueberarbeit gemacht wird, wir werden nicht verfehlen, die Fälle gründlich zu untersuchen, um Wandel zu schaffen.

Es ist eine Schande für das Unternehmertum einer Industrie, in der die niedrigsten Löhne gezahlt werden, daß die Lage der Arbeiter durch solche Manipulationen noch verschlechtert wird. Und das Organ des Westfälischen Zigarrenfabrikanten-Verbandes hat noch den Mut, dieser infamen Art der Ausbeutung das Wort zu reden und zu verlangen, daß von den Behörden weniger Schwierigkeiten in der Erteilung der Erlaubnis einer verlängerten Arbeitszeit gemacht werden. Diese Stellung des Fabrikantenblattes bestätigt allein schon, daß systematisch auf die Praktizierung dieser Arbeitererschöpfung hingewirkt wird. Dem muß ein Niegel vorgeschoben werden!

## Rundschau.

Die Anwendung des § 153 gegen Gewerkschaftsange-stellte macht in Sachen unheimliche Fortschritte. Schon liegen wieder zwei Verurteilungen vor. In Chemnitz wurde der Geschäftsführer des Fabrikarbeiterverbandes, Schönherr, wegen Bedrohung Arbeitswilliger zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt. Zu dem einen Arbeitswilligen soll er gesagt haben: „Was deine Kollegen errungen haben, willst du über den Haufen schmeißen?“ und zu dem andern: „Du willst dich in das Bett legen, das andere gemacht haben!“ Die Urteilsbegründung anerkennt ausdrücklich, daß die „Drohungen“ zwar sehr mild seien, aber die Arbeitswilligen müßten geschüht werden. Der Geschäftsführer Albert Polster vom Verbands der Brauerei- und Mühlenarbeiter wurde vom Schöffengericht in Königsberg zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt, und zwar wegen Bedrohung nach § 153 der Reichsgewerbeordnung, weil er in wiederholten Fällen im Gebiete der Sächsischen Schweiz Flugblätter verteilt und diese auch verantwortlich gezeichnet hat, in denen zum Bokott einer Wähle in Hütten aufgefordert wurde. — Es wird immer schöner. Wegen einer nach der Judikatur des Reichsgerichts an sich erlaubten Anwendung eines wirtschaftlichen Kampfmittels werden die Vertreter



# Beilage zum Tabak-Arbeiter

Nr 14

Sonntag, den 6. April

1913.

## Kollegen Deutschlands!

Gedenkt der ausgesperrten Tabakarbeiter in Holland!

Alle Gelder sind zu senden an W. Nieder-Welland, Bremen, Faulenstraße 58/60, Postfachamt Hamburg 11, Postfachkonto Nr. 5349. Die Postkarten sind zu benutzen, doch ist darauf zu bemerken: Für Holland!

## Wohltäter.

In Schullehrbüchern findet man mitunter die rühmlichsten Geschichten. Wir erinnern uns, wie in einem solchen Buche erbaulich erzählt wird, wie eine Frau zur sogenannten Wohltäterin des Erzgebirges wird, indem sie dort das Spigenklöppeln einführt. So etwas rührt natürlich alle alten Tanten männlichen und weiblichen Geschlechts. Ehrfamer Bürgerfleiß und tugendhafte Zufriedenheit triumphieren. Es gibt leider auch heute noch Arbeiter, die des Glaubens sind, der Unternehmer errichtet seine Betriebe und stellt „seine“ Leute an, um Arbeit für jene zu schaffen, die ihre Arbeitskraft zu verkaufen gezwungen sind. Und wenn der Unternehmer davon redet, wie wohlthätig er doch sei, indem er den Arbeitern doch Beschäftigung und Verdienst verschaffe, so sind immer noch Arbeiter und Arbeiterinnen zu finden, die sich zur Dankbarkeit verpflichtet fühlen. Als ob der Unternehmer sein Kapital in irgend einen Betrieb steckt, um Arbeitern zum Verdienst zu verhelfen. Der Kapitalist sucht sich zur Anlage seiner Gelder Berufe und Betriebe aus, wo noch etwas zu verdienen, wo der Profit ein lohnender ist, und er sucht seine Kapitalien zurückzuziehen, wenn der Betrieb nichts mehr oder nicht genügend mehr einbringt. Daß das mitunter nicht so schnell geht, als es vielleicht beabsichtigt wird, ändert an der Grundsätzlichkeit dieses kapitalistischen Gebarens durchaus nichts. Freilich mag es Unternehmer geben, die über den Zusammenhang und das Gebiete unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung völlig unaufergesselt sind, und die sich deshalb auch einreden, sie gäben den Arbeitern Lohn und Brot; trotzdem sind sie natürlich gezwungen, den Gesetzen des Kapitalismus unabweichlich Folge zu leisten.

Daß es Unternehmer gibt, die von sich glauben, etne persönliche Wohltat zu leisten, wenn sie Arbeiter beschäftigen, können wir verstehen. Das ist eben gangbare bürgerliche Anschauung. Nicht begreifen können wir dagegen, wenn Arbeiter in dem Gedanken leben, daß der Unternehmer etwas anderes ist, als ein Rad im großen Wirtschaftsgetriebe. Allerdings erfüllt dieses Rad andere Funktionen und ist anders konstruiert, als es jenes Rad ist, das man Arbeiter nennt.

Die „Wohltätigkeit“ des Unternehmertums spielt nun in unserem Berufe, in der Tabakindustrie, eine ganz besondere Rolle. Wir wollen aber zeigen, wie dieselbe in Wirklichkeit zu bewerten ist. Es ist uns Tabakarbeitern satfam genug bekannt, und wir spüren es nur zu deutlich in unseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen, wie unsere Fabrikanten heute mehr denn je das Bedürfnis nach Verlegung ihrer Betriebe, bezw. nach Einrichtung neuer Filialen haben. Das können wir ihnen persönlich nicht zum Vorwurf machen, denn sie sind eben nach unserer Meinung nicht „Herr im Hause“, sie können sich den Erscheinungen und Formen des kapitalistischen Produktionsprozesses nicht entziehen; es sei denn, sie würden sich persönlich nicht mehr betätigen. Aber eine solche Zurückziehung würde an sich bedeutungslos sein, da dann eben andere mit dem zinstragenden Gelde in derselben kapitalistischen Weise wirtschaften müßten.

Man bedenke nun, wie unsere Fabrikanten in den Städtchen und Dörfern, wohin sie mit ihrem „Segen“ kommen, oftmals als Wohltäter, und wer weiß noch, als was, gefeiert werden. Die Honoratioren des Ortes, Bürgermeister, Geistliche usw. lobhudeeln um sie herum, man baut ihnen Betriebsräume, oder erleichtert in jeder nur möglichen Weise den Bau derselben, befreit sie ganz oder teilweise von den kommunalen Lasten, und was dergleichen noch mehr geschieht, während die Arbeiterchaft, die meistens bisher eine ländliche war, überzeugt ist von einer künftigen besseren Lebenshaltung durch die in Aussicht stehende vermehrte Verdienstmöglichkeit. Da erscheint allen der brave Fabrikant als ein solcher Heiland, der gekommen ist, Land und Leute zu beglücken. Und wir wissen aus Erfahrung, wie sich die Herren so gern als Wohltäter feiern lassen und sich an ihrem Glorionschein erwärmen. Aber da müssen wir doch fragen: Was ist Wahrheit, was ist Dichtung? Bemühen wir uns, den Dingen auf den Grund zu gehen, so verblaßt der Glorionschein gar bald und die bittere Wahrheit heißt dann: Nichts anderes als kapitalistisches Gebahren, berechnet auf den größtmöglichen Profit! Betrachten wir uns doch einmal die Vorgänge. Da kommt ein Zigarrenfabrikant mit seinem „segenspendenden“ Betrieb in irgend einen abgelegenen Ort; da er auch bisher schon fabriziert und Leute beschäftigt hat, mußte man doch fragen, weshalb der Betrieb nicht an dem alten Orte bleibt, weshalb er nun gerade nach diesem oder jenem abgelegenen Ort verlegt wird. Nur, um Wohltäter zu üben? Gewiß ist den Leuten ein besserer Verdienst zu wünschen, aber an dem bisherigen Fabrikationsort wurden doch auch Leute beschäftigt, die gerne arbeiteten und ihre Lebenslage so gut als möglich zu gestalten suchten. Wenn der Fabrikant vom Wohlthun besesselt war, so hätte er bisher reichlich genug Gelegenheit dazu gehabt. Statt dessen werden nunmehr die alten Arbeiter entlassen, können hungern und frieren, weil sie möglicherweise auf lange Zeit keinen Verdienst mehr haben. Dem Fabrikanten

aber wird im neuen Orte ob seiner „Wohltaten“ gehuldigt. Ist die eine Handlung nun Wohltat, die Lob und Ehre verdient, und wird sie persönlich aufgefaßt, so muß es auch die andere werden, die dann dem Fabrikanten als furchtbare Rohheit angerechnet werden, die aber auch ebenfalls die entsprechende Verachtung nach sich ziehen müßte. Die Handlungen des Unternehmers heben sich also gegenseitig auf, so daß von Wohltaten gar nicht die Rede sein kann. Es bleibt nur der kapitalistische Beweggrund übrig. Wie man da zu einer Dankbarkeit oder auch nur Anerkennung gegenüber dem Kapitalisten kommen kann, ist nicht zu verstehen, zumal der Fabrikant, wenn ihm demnächst anderswo ein größerer Profit lacht, es mit dem Orte seiner gefeierten Wohltaten ebenso macht, wie er es vorher schon so oft gemacht hat: er läßt eben seine Draven und Getreuen im Stich. Können wir in der Zigarrenindustrie nicht ein trauriges Lied davon singen?

Na, und wie sieht es denn sonst noch mit den Wohltaten aus? Es ist zuzugeben, daß die Tabakindustrie in manchen Orten und Gegenden zunächst eine Vermehrung des Familieneinkommens bedeutete, namentlich dann, wenn es sich um rein ländliche Arbeiter und Arbeiterinnen handelte. Es ist deshalb auch erklärlich, daß in den ärmsten Gegenden die Leute zugreifen, wenn sich ein Zigarrenfabrikant dort niederlassen will. Wir wollen gewiß nicht einer niedrigen Lebenshaltung das Wort reden, aber abgesehen von dem geringen Mehrverdienst, den die Tabakindustrie für den Augenblick in den ärmsten Gegenden den Arbeitern bringen mag, bringt sie der Bevölkerung durchaus keine Wohltaten. Da brauchen wir nur an die Fabrikation selbst zu denken. Ist doch die Tabakindustrie unbestritten einer der gesundheitschädlichsten Berufe; die Atmungsorgane sind ständiger Gefahr ausgesetzt; das stramme Sitzen bei der intensiven Arbeitsweise wirkt namentlich auf die Gesundheit der Frauen außerordentlich ungünstig ein. Man vergegenwärtige sich die Wirkung, wenn Personen, die bisher vielleicht in der Landwirtschaft tätig waren, nunmehr in der Zigarrenfabrik arbeiten sollen, oder gar zu Hause Zigarren herstellen! Muß da nicht die Gesundheit leiden? Ist das nicht Ursache zur Degeneration? Denn so groß ist das vielleicht gesteigerte Einkommen nicht, daß dem Körper die vorübergehende Pflege zuteil werden kann. Und der „wohltätige“ Kapitalismus nimmt wahrhaftig keine Rücksicht und verlangt auch von dieser seinen neuen Arbeitern und Arbeiterinnen an Anspannung und Hergabe der Kräfte, was irgend möglich ist. Und er wird auch die Bühne herabzusetzen versuchen, wenn es angeht und kein gewerkschaftlicher Damm entgegengelegt werden kann.

Der Kapitalismus in der Tabakindustrie braucht vor allem die Frauenarbeit. Also besteht die „Wohltat“ einer Ausdehnung der Industrie auch darin, daß die Frauen der Familie und dem Hause entzogen werden, daß sie sich nur noch in ungenügendem Maße der Erziehung der Kinder widmen können, deren leibliches und geistiges Wohl doch die Zukunft des Volkes bedeutet. Oder, was noch schlimmer ist, die Hausarbeit, wie sie in der Tabakindustrie leider noch an Umfang und Gefährlichkeit zunimmt, verkümmert das Dasein dieser Menschen. Das ist alles „Segen“, alles „Wohltat“!

Es ist der kapitalistische Zug unserer Zeit, der keine Rücksicht nimmt, der aber in der Tabakindustrie noch zu besonderen Erscheinungen, und künftig noch mehr als jetzt, führt, weil ein ungeheurer Steuerdruck dazu treibt. Nicht der Wille der Personen, sondern die Art der Wirtschaftsweise, der auch die Gesetzgebung untertan, ist es, die den Gang der Produktion in ihren Einzelheiten leitet. Da gibt es weder Wohltaten noch Dankbarkeit, sondern Lohn- und Arbeitsleistung sind die Faktoren, um die es sich unter dieser Wirtschaftsweise dreht. Und wie der Fabrikant versucht, für möglichst niedrigen Lohn eine möglichst große Arbeitsleistung zu erzielen, so gibt es auch für uns Tabakarbeiter und Arbeiterinnen nichts anderes, als durch unsern gewerkschaftlichen Zusammenschluß Lohn- und Arbeitsleistung in dem für uns günstigsten Sinne zu beeinflussen. Mit dem Glorionschein der Unternehmer „wohltaten“ ist es nichts.

## Die Tabakarbeiter Oesterreichs.

An den beiden Ostertagen hielt die „Gewerkschaft der Tabakarbeiterinnen und -arbeiter Oesterreichs“ ihre 5. Hauptversammlung (Verbandsstag) in Wien ab. Die Versammlung tagte im Verbandsbause der Buchbruder und erreichte sich eines zahlreichen Besuches. Außerordentlich stark waren die Tabakarbeiterinnen vertreten. Als Gäste waren anwesend der Kollege Deichmann = Bremen in seiner Eigenschaft als internationaler Sekretär der Tabakarbeiterorganisationen, die Genossin Popp für das Frauenreichskomitee, Genosse Lödel für den Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, die Genossin Bosche und Genosse Grünwald für die Reichsgewerkschaftskommission und der Genosse Tayerle für die tschecho-slavische Gewerkschaftskommission. Nach den üblichen Begrüßungsreden der Gäste, die alle mit dem Wunsch anklangen, daß den Tabakarbeitern die geschlossene Organisation erhalten bleiben und weitere Fortschritte machen möge, erstattete der Obmann der Gewerkschaft der Tabakarbeiter Oesterreichs, Genosse Pattermann, den Vorstandsbericht. Aus der schriftlichen und mündlichen Berichterstattung geht hervor, daß in den 55 Tabakmonopolfabriken Oesterreichs im Jahre 1912 beschäftigt wurden:

	Zahl der Beschäftigten	Davon organisiert
Zigarrenherzeugung	23 363	4885
Zigarettenherzeugung	5 009	1403
Rauchtabakerzeugung	4 199	1108
Rauchtabakerzeugung	176	24
Schnupftabakerzeugung	116	29
Kartonherzeugung	462	130
Andere Verrichtungen	6 351	1397
<b>Insgesamt</b>	<b>39 676</b>	<b>8771</b>

Die Zahl der beschäftigten männlichen Arbeiter im Verhältnis zur Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen ist gering und beträgt:

	männl.	weibl.	zus.
Beschäftigte Arbeiter	5774	33 902	39 676
Hiervon organisiert	1634	7 137	8 771
Organisiert in Prozenten	28,30	21,05	22,11

Von den 8771 Mitgliedern gehören 5390 der deutschen, 2091 der tschechischen, 706 der polnischen, 240 der slowenischen, 238 der ruthenischen und 106 der italienischen Nationalität an. Die Organisation, die im Jahre 1904 gegründet wurde, hat in den letzten zwei Jahren nur geringe Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl stieg von 8643 im Jahre 1910 auf 8771 im Berichtsjahre. Die Ursachen dieser geringen Entwicklung sind zu suchen in dem Rückgange der beschäftigten Arbeiter und in dem Umstande, daß eine Reihe bewährter Vertrauenspersonen in Pension ging. Außer dieser Organisation besteht noch eine Organisation der sogenannten christlich-sozialen Richtung, die an Zersplitterungsmöglichkeit das Menschenmögliche leistet; über die Stärke dieser Organisation liegen nur unzuverlässige Daten vor.

Nach dem vorliegenden Geschäftsbericht des tagenden Verbandes beträgt die Beitrittsgebühr 40 Heller und die Beiträge 26 Heller, 30 Heller, 40 Heller und 50 Heller pro Woche. Die Einnahme beträgt im Jahre 1912:

Beitrittsgebühr	530,80	Kronen
Wochenbeiträge	139 942,36	"
Sonstige Einnahmen	2 614,48	"
Rassenbestand 1911	63 359,64	"
<b>Summa</b>	<b>206 447,28</b>	<b>Kronen</b>

Dieser Einnahme steht eine Ausgabe gegenüber:

Für Fachblätter	17 605,78	Kronen
Widerstandsfonds	10 578,50	"
Rechtschutzunterstützung	967,66	"
Waffenübungsunterstützung	665,40	"
Krankenunterstützung	61 645,40	"
Sterbeunterstützung	1 394,30	"
Andere Unterstüzungen	96,92	"
Agitation	3 346,63	"
Beiträge an die Zahlstellen	18 647,58	"

Beiträge:		
Reichsgewerkschafts-Kommission	3 878,15	"
Tschecho-slavische Gewerksch.-Komm.	578,27	"
Delegationen	1 220,32	"
Andere Ausgaben	570,54	"
Bestand am 1. Januar 1913	71 922,33	"
<b>Summa</b>	<b>193 117,78</b>	<b>Kronen</b>
Verwaltung	13 329,50	"
<b>Summa</b>	<b>206 447,28</b>	<b>Kronen</b>

Der angesammelte Widerstandsfonds beträgt 27 372,34 Kronen. In hervorragender Weise hat der Verband auf die Gestaltung des Lohnschemas eingewirkt und erreicht, daß den Tabakarbeiterinnen, die entbunden haben, der zweiwöchige Urlaub gesteckt wurde. Ebenso war die Tätigkeit von Erfolg gekrönt, daß den vor dem Jahre 1902 aus den Monopolfabriken Ausgeschiedenen die Pension (Quabengeld) gezahlt wird. Außerdem macht die Benutzung der eingerichteten Säuglingsheime erfreuliche Fortschritte. Nach kurzer Debatte wurde dem Vorstande einstimmig Decharge erteilt. Von Wichtigkeit war ein Antrag der Ortsgruppe Göding, der den Austritt aus der Reichsgewerkschaftskommission und den Anschluß an die Prager Kommission (Tschecho-slavische Gewerkschaftskommission) verlangte. Die Debatte war eine reger und endete mit der einstimmigen Annahme nachstehender Resolution:

„Die Hauptversammlung erklärt, daß die einzig mögliche Organisationsform für die Tabakarbeiterchaft Oesterreichs die bestehende zentrale Organisation ist, deren Bestand nur möglich ist, wenn den berechtigten nationalen Forderungen der Mitglieder entsprochen wird. Insbesondere ist es das Recht der Mitglieder der tschechischen Nation, sich unbeeinträchtigt zu ihrer politischen Partei zu bekennen.“

Die Hauptversammlung beauftragt den Vorstand, in der nächsten Sitzung den Antrag der Ortsgruppe Göding betreffs Beitritt zur tschecho-slavischen Gewerkschaftskommission in einer Form zu erledigen, welche die Einheit der Organisation der Tabakarbeiter sichert.“

Nach dem recht instruktiven Referat des Genossen Pattermann über „Organisation und Agitation“ referierte der Genosse Pattermann über „Die Lohn- und Arbeiterverhältnisse“. Hiernach beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 51 Stunden bei einem freien Sonnabendnachmittag und der jährliche Durchschnittsverdienst 750 Kronen. Ebenso wie die Löhne lassen auch die hygienischen Einrichtungen der österreichischen Tabakfabriken noch manches zu wünschen übrig. Nach einer eingehenden Debatte, die im wesentlichen einer Berichterstattung gleich, wurden folgende hygienische Forderungen einstimmig gutgeheißen und beschlossen, für die Anerkennung zu wirken:

1. Eigene Tabakfabriken für alle Beschäftigten



# Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.80 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr 14

Sonntag, den 6. April

1913

## Heeresvermehrung und Kostendeckung.

Blutigeren Hohn auf die „Reichsfinanzreform“ im Jahre 1909 kann es nicht geben, als den Spektakel, der gegenwärtig über die Deckung der Kosten für die neue Heeresvermehrung gemacht wird. Die Neuananschaffungen und Neueinrichtungen für die ja. 150 000 Mann, die mehr ins Heer eingestallt werden sollen, kosten ja. 1000 Millionen Mark. Diese Summe soll durch eine einmalige Vermögenssteuer aufgebracht werden. Die Regierung will die Steuer durch einen gleichen Prozentsatz für große und kleine Vermögen beschaffen, d. h. die großen Vermögen sollen wie gewöhnlich geschont werden.

Zu dem gleichen Zwecke, zur Schöpfung der Besitzenden, schlägt man, wie die fortlaufenden Ausgaben für die Heeresvermehrung, die ja. 250 Millionen Mark jährlich erheischen, aufgebracht werden können. Die Erbschaftsteuer wird vom schwarz-blauen Block bekämpft, der zwar im Reichstag in der Minderheit ist, dessen Wünsche aber dem Reichskanzler Bethmann-Hollweg Befehle sind. Darum wagt die Regierung nicht, eine Erbschaftsteuervorlage vor den Reichstag zu bringen.

Der Reichschatzsekretär Kühn, der seinerzeit unter seinem Vorgänger so rasch mit der Ausarbeitung einer Tabaksteuervorlage fertig war, rät jetzt hin und her, welche Steuervorlage er dem Reichstag präsentieren soll. Dabei richtet er sich natürlich auch nach den Wünschen des schwarz-blauen Blockes, an den anzugliedern jetzt Versuchungsversuche bei den Nationalliberalen angestellt werden. Schwer wird den Nationalliberalen der Umfall nicht werden, die ja seit den letzten Reichstagswahlen schon mehrfach gemeinsame Sache mit den Schwarz-Blauen gemacht haben.

Welches Steuerprojekt dabei den Vorzug dieser Steuererschöpfer erhalten wird, ist noch nicht abzusehen. Es wird in der reaktionären Presse allerhand Pläne auf, von denen die meisten wieder auf eine Ausplünderung der arbeitenden Klassen hinauslaufen. Wägen einige Blätter doch sogar, die 1909 schon einmal von Zertrumsabgeordneten vorgeschlagene Kohlensteuer wieder anzulegen.

Nicht nur das, auch Monopolspläne tauchen unter allen Projekten wieder auf. So soll man bereits erzwungen haben, ob einem Monopol auf Zündhölzern oder Spiritus nicht ein Zigarettenmonopol vorzuziehen sei. Die Brandstiftung der breiten Massen wird also bereits lebhafte in Rechnung gestellt, wenn auch erklärlicherweise gerade diese Art der Steuerjuche sehr geheim gehalten wird. Die Tabakindustrie hat alle Ursache, gegenüber den Monopolabsichten auf dem Posten zu sein.

Inzwischen möchte man zur Täuschung des Volkes das Gesicht wahren, d. h. so tun, als ob diesmal die Besitzenden zur Aufbringung der Steuer herangezogen würden. Deshalb geht das Käsekratzen weiter, wie man das Volk belämmern kann — nur darum handelt es sich.

Daß die Arbeiter wieder bluten sollen, ist das heimliche oder offene Verlangen aller Kapitalistenkreise, seien es Junker oder Industrielle. Einen Beleg dafür gibt der unverfrorenste aller bisherigen Vorschläge. Er bezieht sich auf die einmalige Vermögenssteuer und geht von den „Hamburger Nachrichten“ aus. Danach soll das Vermögen der Sozialdemokratischen Partei und das der Gewerkschaften zu dieser Steuer herangezogen werden. Andere Verbände, wie z. B. den Hanabund soll man frei lassen, weil sie „ihre Opferwilligkeit für den großen nationalen Zweck freiwillig bekräftigen“ würden.

Wir würden sagen, bei dem Blatte sei eine Schraube locker, wenn es nicht in seinem Vorschlage der bisherigen Gepflogenheit sich verschloße, alles auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Dazu kommt freilich der Haß jenes Scharfmacherischen Preßgelehrten gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften. Auch spricht der Reich aus dem Vorschlage darüber, daß die Opferwilligkeit der Arbeiter die sozialdemokratische Partei instand setzt, die nötigen Mittel zur Führung des Kampfes gegen die herrschenden Klassen zur Hand zu haben.

Die Gewerkschaften denkt das Blatt durch die Besteuerung ebenfalls finanziell zu schwächen und damit die Kämpfe der Arbeiter für die Besserung ihrer Lage einzulegen. Was die Arbeiter zu diesem Zwecke unter Entbehrungen ausbringen, will das Blatt auch noch besteuern. Diese Kapitalistenkreise von der Feder sind doch wahre Gemütsmenschen. Wie wäre, wenn sie einfach die Konfiskation solcher Arbeiterkapitalfonds empfehlen würden? Das entspricht doch eigentlich erst ihrer innersten Neigung. Aber gemacht! Der schwarz-blaue Block wird schon in Gemeinschaft mit den Nationalliberalen und der Regierung ein Steuerpländchen ausbeden, das in anderer Form den

freundlichen Absichten jenes Blattes der Ausbeuter und Scharfmacher entspricht.

Denn, daß man die Arbeiter bei der neuen Steuererschöpfung ansassen wolle, diesen Schwindel verkündeten wohl vor Wochen einzelne Blätter, inzwischen ist er aber völlig verstummt, und alle Gentles im Reichschatzamt quälen sich ob um die Entdeckung oder Erfindung eines überschlanten Planes, mit dem man die Arbeiter über's Ohr haufen und dabei ansplündern kann, ohne daß sie es merken.

Ja, wenn die Arbeiter durch die ewige Schinderei nicht schon zu pfiffig geworden wären! Aber sie kommen jetzt schon zu leicht hinter alle Schliche, es braucht gar nicht so tolpatschig auf sie losgefahren zu werden, wie die „Hamburger Nachrichten“ und andere Begehrer es tun.

An dem bisherigen System, daß die arbeitenden Klassen die Mannschaften für das stehende Heer liefern müssen, dann aber auch, zur Tragung der Kosten für dieses Heer verurteilt werden, wird solange festgehalten, als es sich eben die arbeitenden Klassen gefallen lassen. Wie lange das noch dauern wird, hängt von der Einsicht der Arbeiter selbst ab.

## Ausbeutung der Tabakarbeiterinnen durch Ueberarbeit.

Die Tabakindustrie weist die niedrigsten Löhne auf. Diese traurige Tatsache ist natürlich der in der kapitalistischen Produktionsmethode allgemein grassierenden, zunehmenden Profitgier zuschreiben. Mit Raffinerie macht sie sich alle Eigenheiten der Tabakindustrie zunutze. Ob dabei die Arbeiter die Opfer sind, die mit der Gewinnjucht keinen Abbruch.

Männer- und Frauenarbeit wurden in der Tabakindustrie immer stärker in Anspruch genommen, bis gesetzliche Bestimmungen der schamlosen Ausbeutung eine engere Grenze zogen. Befreit ist damit die Ausbeutung der weiblichen und der Kinderarbeit nicht, sonst müßte es überhaupt besser um die allgemeinen Arbeitsverhältnisse in der Tabakindustrie stehen.

Die leichte Heranziehung weiblicher Arbeitskräfte zur Tabakindustrie, resp. zur Zigarrenfabrikation, ermöglichte den Unternehmern den Druck auf die Löhne. Weibliche Arbeitskraft wurde billiger bezahlt, obgleich Arbeiterinnen dieselbe Ware herstellen mußten, wie männliche Arbeiter. Dieser ganz ungerechtfertigte Lohnunterschied wurde mit der Zeit zwar mehr und mehr angeglichen, aber nicht zugunsten der Arbeiter, denn der niedrige weibliche Lohn wurde meist zur Grundtatsache des Lohnes für alle.

Dieß sich jedoch diese Niederhaltung, wichtiger Herabdrückung, des Lohnes an einem Orte nicht durchführen, weil die Arbeiter und Arbeiterinnen geschlossen sich dagegen wehrten, dann wanderten die Unternehmer mit ihren Fabriken in ländliche, von der Industrie nicht beherrschte Gegenden, wo die weibliche Arbeitskraft noch billiger zu haben war, und ließen es sich nicht verdrücken, diese billigen Arbeiterinnen zur Zigarrenmacherei anlernen zu lassen. Dieser Vorgang wiederholt sich heutzutage noch, wenngleich das Gebiet der industriearmen Gegenden immer mehr begrenzt wird. Kurz, wie die Kinderarbeit wird auch die weibliche Arbeit zur Herabdrückung der Löhne mißbraucht.

Allein, die Ausbeutung der Arbeiter vollzieht sich in den verschiedensten Formen. Eine der rücksichtslosesten Formen der Ausbeutung ist die Ueberarbeit. Es wundert die Ausbeuter, daß die Arbeitszeit für Arbeiterinnen gesetzlich begrenzt ist. Denn in vielen Fällen kann die männliche Arbeit über diese Grenze hinaus auch nicht beschäftigt werden, obwohl das gerade in der Zigarrenindustrie noch viel vorkommt. Gegen die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit für Erwachsene, also auch für männliche Personen, wendet sich das Unternehmertum überhaupt mit aller Schärfe. Es weiß nur zu gut, daß lange Arbeitszeit ein Mittel ist, die Löhne niedrig und den Profit hoch zu halten. Daher haben sie allen gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit der Arbeiterinnen durch ihre Sachwalter im Reichstage und in der Regierung Ausnahmestimmungen an die Seite setzen lassen, die ihnen die Möglichkeit der bisher betriebenen Ausbeutung auch weiter sichern sollen. Und sie wissen diese Ausnahmestimmungen raffiniert wahrzunehmen.

Unverfroren verlangen die Herren Fabrikanten in jenen Bezirken, wo sehr viel weibliche Arbeitskräfte beschäftigt werden, behördliche Erlaubnis, die Tabakarbeiterinnen über die gesetzlich festgelegte Arbeitszeit hinaus beschäftigen zu dürfen. Diese Ueberarbeit ist in manchen Orten geradezu zur Gewohnheit geworden, obgleich kein Notstand vorliegt, der das rechtfertigt. Die Erlaubnis wird gegeben, denn selten verjagt sie eine Be-

hörde — herrschen doch die Kapitalisten in der Gemeinde.

Wir unterlassen es, hier Einzelfälle anzuführen oder die Berechtigung der Gründe zu untersuchen, die für die Zulassung der Erlaubnis geltend gemacht wurden. Die Ausnahmestimmungen der Gewerbeordnung, nach denen Ueberarbeit gestattet werden kann, sind überhaupt für die Zigarrenfabrikation völlig ungerechtfertigt; sie dienen nur der Bereicherung der Unternehmer. Die schnelle Ausführung einer großen Bestellung rechtfertigt nicht die schwerere Ausbeutung der Arbeiter, denn diese haben keinen Vorteil davon. Im Gegenteil, durch die längere Arbeitszeit wird ihre Lebenskraft, ihre Gesundheit geschwächt. Höherer Lohn wird für Ueberarbeit in der Zigarrenindustrie nicht gezahlt, den Arbeiterinnen erst recht nicht. Lange Arbeitszeit lähmt auch die Intensität der Arbeit; wird aber durch längere Arbeitszeit wirklich etwas mehr als sonst verdient, dann prahlen die Unternehmer mit den angeblich hohen Löhnen, und suchen mit Hinweis darauf die Löhne zu drücken.

Das ist im allgemeinen die schädliche Wirkung der Ueberarbeit: Lohndruck und Gesundheits-schädigung. Darum müssen alle Arbeiter, denen die Zumutung von Ueberarbeit gemacht wird, in der Erkenntnis des Schadens, den sie davon haben, sich verständigen, und geschlossen die Zumutung ablehnen. Zu den genannten beiden Hauptübeln der Ueberarbeit kommt noch ein weiteres hinzu. Das ist die Vermehrung der Arbeitslosigkeit.

Muß der Unternehmer größere Aufträge ausführen, dann mag er mehr Arbeitskräfte einstellen und damit die Arbeitslosigkeit verringern helfen. Freilich, müssen die Unternehmer Nachfrage nach Arbeitern anstellen, dann werden die begehrten Arbeiter auf Zahlung anständiger Löhne sehen. Nachfrage nach Arbeitern erleichtert also das Streben nach höheren Löhnen, Arbeitslosigkeit, resp. Angebot von Arbeitskräften dagegen erleichtert den Lohn-druck. Ueberarbeit jedoch schwächt die Nachfrage nach Arbeitern, fördert vielmehr die Arbeitslosigkeit, ist also auch aus dem Grunde von Uebel.

Nach allem, was in jüngster Zeit bekannt geworden ist, ist das Verlangen der Unternehmer nach Ueberarbeit stärker geworden, und die Behörden haben in manchen Bezirken sich nur zu leicht bereit finden lassen, die Erlaubnis zur Ueberarbeit zu gewähren. Diesem für die Arbeiter schädlichen Mißstand zu steuern, müssen die betroffenen Arbeiter den Weg der Öffentlichkeit betreten und die Manipulationen der in Frage kommenden Unternehmer in unjener Presse besprechen. Man mag uns nur melden, wo und aus welchen Gründen Ueberarbeit gemacht wird, wir werden nicht verfehlen, die Fälle gründlich zu untersuchen, um Wandel zu schaffen.

Es ist eine Schande für das Unternehmertum einer Industrie, in der die niedrigsten Löhne gezahlt werden, daß die Lage der Arbeiter durch solche Manipulationen noch verschlechtert wird. Und das Organ des Westfälischen Zigarrenfabrikanten-Verbandes hat noch den Mut, dieser infamen Art der Ausbeutung das Wort zu reden und zu verlangen, daß von den Behörden weniger Schwierigkeiten in der Erteilung der Erlaubnis einer verlängerten Arbeitszeit gemacht werden. Diese Stellung des Fabrikantenblattes bestätigt allein schon, daß systematisch auf die Praktizierung dieser Arbeiter-schinderei hingewirkt wird. Dem muß ein Kegel vorgeschoben werden!

## Rundschau.

Die Anwendung des § 153 gegen Gewerkschaftsangehörige macht in Sachsen unheimliche Fortschritte. Schon liegen wieder zwei Verurteilungen vor. In Chemnitz wurde der Geschäftsführer des Fabrikarbeiterverbandes, Schönherr, wegen Bedrohung Arbeitswilliger zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt. Zu dem einen Arbeitswilligen soll er gesagt haben: „Was deine Kollegen errungen haben, willst du über den Haufen schieben?“ und zu dem andern: „Du willst dich in das Bett legen, das andere gemacht haben.“ Die Urteilsbegründung anerkennt ausdrücklich, daß die „Drohungen“ zwar sehr milde seien, aber die Arbeitswilligen müßten geschützt werden. Der Geschäftsführer Albert Polster vom Verbande der Brauerei- und Mühlenarbeiter wurde vom Schöffengericht in Königsfelden zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt, und zwar wegen Bedrohung nach § 153 der Reichsgewerbeordnung, weil er in wiederholten Fällen im Gebiete der sächsischen Schweiz Flugblätter verteilt und diese auch verantwortlich gezeichnet hat, in denen zum Boykott einer Mühle in Gütten aufgefordert wurde. — Es wird immer schöner. Wegen einer nach der Judikatur des Reichsgerichts an sich erlaubten Anwendung eines wirtschaftlichen Kampfmittels werden die Verurte-











Zuge reist, so ist er ohne weiteres die letzten zwei Tage der Woche... ohne entlassen zu sein, denn er hat doch für zwei Tage nichts mehr zu tun, also keine Arbeit.

Ich will die Verfügung des Vorstandes und die Auffassung der Kollegen vom Standpunkt, daß die Auszahlung der Unterstützung dem Verband ev. 10 bis 70 000 M. gekostet hätte, begründet finden.

Alle das Recht (oder nicht?), in unserm Verband zu sitzen den Handlungen, die in demselben vorgehen, frei unsere Meinung zu sagen. Oder will der Kollege v. B. in unserm Verband den Standpunkt proklamieren, daß die Mitglieder nur noch zu zahlen, im übrigen aber den Mund zu halten haben?

Nun noch einiges zur Ruheunterstützung. Ich habe in meinem ersten Eingangsbericht schon betont, daß die Tätigkeit des betr. Kollegen ohne weiteres anerkannt werden soll.

Ich will gewiß nicht einer Unternehmermutter in unserem Verbande das Wort reden, und der oben angeführte Grundlag mag in unserm Verband nicht zur Geltung kommen.

Da der Vorstand bereits zum Ausdruck gebracht hat, daß ein außerordentlicher Verbandstag stattfinden soll, so ist für mich die ganze Angelegenheit einstweilen erledigt.

Dem Kollegen F. D., der mir einen Brief geschickt hat ohne vollständige Namensnennung und ohne Angabe des Ortes, wo er wohnt, kann ich nur den Rat geben, seine guten Ansichten selbst im Tabak-Arbeiter zu vertreten.

Neudamm. Fr. Trippensee.

Berichte.

Waldbheim. Die am 15. März stattgefundene Versammlung war gut besucht. Kollege Richter gab den Kartellbericht, welcher sich besonders auf die Maßfeier, wie sie in diesem Jahre begangen werden soll, bezog.

Drake i. L. Am 18. März fand die monatliche Mitglieder-Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Kartellbericht; 2. Wahl eines Kartelldelegierten; 3. Verschiedenes.

Arbeiters, hierbei mitzuarbeiten. Ferner wurde beschlossen, die nächste Mitglieder-Versammlung am 8. April, nachmittags 4 Uhr, bei Heimbacher stattfinden zu lassen.

Bremen. Mitglieder-Versammlung am 19. März. Tagesordnung: 1. Wahl der Ortsverwaltung; 2. Regelung des Arbeitsnachweises; 3. Verschiedenes.

Eingegangene Literatur.

In den Tod getrieben. Unter diesem Titel erschien soeben ein neuer Band der Vormärz-Bibliothek (Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW. 68).

Beide Erzählungen sind fesselnd geschrieben und werden die Leser von der ersten Seite bis zum Schluß interessieren.

Briefkasten der Redaktion.

An mehrere Einsender. Nach Schluß der Redaktion sind noch einige Eingangsbriefe eingegangen, die in Nr. 15 veröffentlicht werden.

Mitglieder, agitiert für den Verband!

L. COHN & Co. BERLIN, N. Brunnenstr. 24. Deutschlands grösstes Wickelformenlager. Liste 202 für gebrauchte Formen mit ca. 700 Abbildungen. Zusendung kostenlos sofort!

J. H. Koopmann, Bremen. Fernsprecher 3946 Neustadtswall 36. Fernsprecher 3946. empfiehlt in bekannter Preiswürdigkeit: Sumatra-Decker, Solblatt, 185, 200, 220, 240, 250, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500 M.

Offertiere div. hundert Zentner gemischte fertige Zigarreneinlage pro Pfund 95 M., bei Abnahme von 100 Pfund 90 M. Franto Zulassung. Hohefeine Mischung zu 5 M. Zigarren. III. Preisliste gratis und franco. Versand nur unter Nachnahme. [13] Bernhard R. Müller, Magdeburg, Fürstenwallstr. 9. Kellertes Rohabak-Verkaufsgeschäft der Provinz. - Begr. 1886.

W. Hermann Müller - Berlin, Magazinstrasse 12 - Java-Umblatt No. 7124 sehr lieferungsfähig, leicht und brandsicher, nur M. 1.50 pro Pfund verzollt. Sumatra No. 6869 2. Länge Vollblatt, alter Tabak, nur M. 2.25 pr. Pfund verzollt. Beordern Sie Muster!

Meyer & Weiss, Rohabake, Bünde i. W. Gründung 1892. - Fernsprecher No. 161. - Gründung 1892. Verzolltes Lager aller Sorten Tabake u. Kontor Bünde-Bahnhof Giro-Konto: Reichsbank, Bünde. Postscheckkonto: Hannover No. 3319. Eigene Transit-Niederlage in Bünde und Amsterdam. Abgabe jedes Quantums zu billigsten Engrospreisen.



